

Einsturz der Carolabrücke: Junge Union Dresden fordert sofortige Aufklärung und neue Prioritäten in der Stadtpolitik!

In der Nacht zum 11. September stürzten Teile der Carolabrücke in Dresden ein. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Junge Union Dresden dankt den Einsatzkräften für ihren schnellen und professionellen Einsatz vor Ort. Gleichzeitig fordert die CDU-Jugendorganisation eine sofortige und umfassende Aufklärung der Ereignisse.

„Es ist unverständlich, warum trotz bekannter Schäden keine Sperrungen oder anderweitige Maßnahmen umgesetzt wurden. Die Sicherheit der Bürger und die Gewährleistung einer funktionierenden städtischen Infrastruktur müssen oberste Priorität haben“, so der Kreisvorsitzende Bruno Felgentreu.

Bereits 2021 wurden erhebliche Schäden an der Carolabrücke festgestellt. In der Hauptprüfung wurde die Note „nicht ausreichend“ (3,0-3,4) für die Bewertung des entsprechenden Teilabschnitts der Brücke vergeben. Obwohl eine Sanierung des nun eingestürzten Teils für das kommende Jahr geplant war, stellt sich die Frage, warum die Stadt nicht früher reagierte. **„Es ist ein Weckruf für die Stadtverwaltung, ihre Prioritäten zu überdenken. Die Bürger müssen sich sicher in ihrer Stadt bewegen können.“** fordert Felgentreu weiter.

Auch mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt müssen Konsequenzen gezogen werden. **„Die Stadt muss jetzt neue Prioritäten setzen und ihre Kernaufgaben erfüllen! Dazu zählen insb. Infrastruktur und Bildungseinrichtungen. Es kann nicht sein, dass Millionen an Prestigeprojekte, wie dem Fernsehturm fließen, während an Schulen und Kitas gespart werden soll.“** Nach dieser Katastrophe müssen die Finanzen der Stadt nochmal grundlegend überdacht werden.

Die Junge Union Dresden fordert von Baubürgermeister Kühn und Oberbürgermeister Hilbert, schnell und transparent zu handeln, um sicherzustellen, dass solche Vorfälle in Zukunft nicht vorkommen. Notwendige Bauprojekte müssen ohne bürokratische Verzögerungen umgesetzt werden, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und das Vertrauen in die städtische Verwaltung wiederherzustellen.